

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
Herr Johann N. Schneider-Ammann
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 22. September 2015
764

Verordnung über die Weiterbildung (WeBiV)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf der Verordnung über die Weiterbildung (WeBiV) Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

I. Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich, dass der Bund mit dieser Verordnung die rechtliche Grundlage schafft, damit gesamtschweizerisch tätige Organisationen der Weiterbildung sowie die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener in den Kantonen vom Bund finanziell unterstützt werden können.

Es ist sinnvoll, dass Bundesbeiträge an die Organisationen der Weiterbildung an klar definierte Aufgaben geknüpft werden, die dem Weiterbildungssystem insgesamt oder definierten Teilbereichen dienlich sind.

II. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Für die Umsetzung sind folgende Punkte zu beachten:

- a) Für die Festlegung der strategischen Ziele (Art. 8 WeBiV) sind keine Kriterien aufgeführt. Entsprechende Ergänzungen sind in die Verordnung aufzunehmen.
- b) Die strategischen Ziele (Art. 8 WeBiV) sind in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen zu erarbeiten. So können gesamtschweizerische Ziele und kantonale Zielsetzungen aufeinander abgestimmt werden.

2/2

c) Zuständigkeiten und Zusammenarbeit auf Bundesebene von Weiterbildungsförderung, Berufsbildung, Integrationsförderung gemäss Ausländergesetz, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung sollen klar geregelt werden (Art. 8 WeBiV).

d) Die Prozesse zur Programmvereinbarung zwischen Bund und Kantonen und die Berichterstattung sind schlank zu gestalten, damit die kantonalen Ressourcen nicht mit einem unverhältnismässigen administrativen Aufwand strapaziert werden (Art. 10 und 14 WeBiV). Zudem sollen die Möglichkeiten von Leistungsvereinbarungen und Verfügungen voll ausgeschöpft werden (Art. 11 Abs. 2 WeBiV).

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber

